

EU-Vorgaben zur Künstlichen Intelligenz: Was ändert sich für uns?

Ab dem 1. August 2024 gilt das neue EU-KI-Gesetz, das einheitliche Regeln für Künstliche Intelligenz schafft und Verbraucher schützt.

Künstliche Intelligenz und ihre Regulierung: Ein Schritt in die Zukunft

Von dpa

01. August 2024, 02:22 Uhr

Ein Mensch gibt einen Text in ChatGPT ein. (zu dpa: «Neues KI-Gesetz der EU tritt in Kraft – Was ändert sich?») Foto: Frank Rumpenhorst/DPA

Mit dem Inkrafttreten des neuen KI-Gesetzes am 1. August 2024 erhalten Verbraucher in der EU einen umfassenderen Schutz im Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Wie wird sich das auf die Nutzung auswirken?

Einheitliche Regeln für Künstliche Intelligenz

Am Donnerstag tritt das Gesetz über Künstliche Intelligenz (KI) in der Europäischen Union in Kraft. Die Mitgliedsstaaten haben zwei Jahre Zeit, die neuen Regelungen in nationales Recht zu übersetzen. Mit der Einführung sollen nicht nur Rechte der Bürger geschützt werden, sondern auch die Technologie selbst

verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Dieses Gesetz gilt als Meilenstein in der europäischen Gesetzgebung.

Warum ist das Gesetz notwendig?

Die Regulierung von KI ist in der heutigen digitalen Welt unerlässlich. Während KI-Systeme immer häufiger in Bereichen wie Gesundheitswesen und Verkehr eingesetzt werden, war die Notwendigkeit, klare Richtlinien für deren Nutzung zu schaffen, offensichtlich. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die Systeme transparent und umweltfreundlich sind. Außerdem ist es so gestaltet, dass Menschen die Kontrolle über die Technologie behalten.

Bedeutende Änderungen für Verbraucher

Für die Verbraucher bringt das neue Gesetz wesentliche Änderungen mit sich. So wird beispielsweise die Nutzung von Gesichtserkennungssystemen im öffentlichen Raum stark eingeschränkt. Dies schützt die Privatsphäre der Menschen und sorgt dafür, dass sensible Daten nicht missbraucht werden können. Darüber hinaus müssen KI-Anwendungen klar gekennzeichnet werden, damit Nutzer erkennen, in welchen Fällen Künstliche Intelligenz eingesetzt wird.

Die Risikoeinstufung von KI-Anwendungen

Gesetzliche Regelungen umfassen eine Klassifizierung von KI-Anwendungen nach ihrem Risiko. Hochriskante Systeme, wie sie in kritischen Infrastrukturen oder im Bildungsbereich verwendet werden, müssen strengeren Anforderungen genügen. Diese Lösungen werden genau überwacht, um mögliche Gefahren für die Nutzer rechtzeitig zu erkennen. AI-Systeme, die gegen die Werte der EU verstoßen – wie das sogenannte „Social Scoring“ – werden gar nicht zugelassen.

Kritik an den neuen Regeln

Trotz der Fortschritte gibt es kritische Stimmen zu dem Gesetz. Einige Experten befürchten, dass die Vorschriften die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz eher bremsen könnten, statt sie zu fördern. Insbesondere angesichts der ständigen technologischen Weiterentwicklungen könnte es eine Herausforderung sein, die gesetzlichen Bestimmungen aktuell zu halten.

Ausblick auf die Umsetzung

Nachdem das Gesetz in Kraft tritt, wird der vollständige Umsetzungsprozess Zeit benötigen. Einige Regelungen, wie das Verbot von „unannehmbaren Risiken“, greifen sofort nach sechs Monaten. Ein Verhaltenskodex für Anbieter von KI-Modellen soll innerhalb eines Jahres entwickelt werden. Dadurch wird angestrebt, die Technologie auf sowohl ethische als auch sicherheitstechnische Weise weiterzuentwickeln.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einführung des KI-Gesetzes sowohl Vorteile als auch Herausforderungen mit sich bringen wird. Die Regulierung ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Technologie verantwortungsbewusst zu nutzen und die Rechte der Verbraucher zu schützen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de